



Die Rolle von Märkten in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen

Der Diskurs über marktsozialistische Systeme und Theorien ist gegenwärtig nicht nur wegen der ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen in Ländern wie China, Kuba und Venezuela von Bedeutung; im Rahmen der Debatte über mögliche Kombinationen von Markt- und Planelementen lassen sich unterschiedliche Prämissen, Illusionen und Fehlurteile veranschaulichen, die die Analysen und Modelle vieler Kapitalismusbefürworter und -gegner beeinflussen. Dabei geht es um Fragen wie: Wie funktionieren Märkte und welche Rolle spielen sie in Gesellschaften? Lassen sich verschiedene Märkte – etwa für Kredite oder Konsumgüter – gesellschaftlich ›einbetten‹ und politisch regulieren? Ganz grundsätzlich bringt diese Debatte auch die Frage auf, welche Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise wünschenswert und in welcher Form umsetzbar ist.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts und seiner fundamentalen Ideen und Bewegungen – die sozialistischen Revolutionen und Staaten von Lateinamerika über China bis zur Sowjetunion – bietet hierfür eine unschätzbare Fundgrube, deren Analyse zukunftsweisend sein könnte und sollte.

Utopie und Realität des Marktes

Die liberale Schule der Nationalökonomie geht davon aus, dass der Markt jener Ort ist, an dem sich Angebot und Nachfrage treffen und sich jener Konsument durchsetzt, der den höchsten Preis für ein konkretes Produkt zu zahlen bereit ist. Der Marktpreis gibt den Unternehmen, die unabhängig voneinander und ohne Kenntnis des tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarfs produzieren, die notwendigen – unmittelbaren – Signale, ob die Nachfrage bereits gesättigt ist. Während der Produktion ist den Unternehmen die konkrete Nachfrage unbekannt; somit handelt es sich um ein Trial-and-error-Verfahren, das

Katharina Götsch

Dr. Katharina Götsch ist 1982 geboren und lebt in Wien. Kürzlich promovierte sie mit einer Arbeit über verschiedene Ansätze und Theorien der Kapitalismuskritik. Sie hat zahlreiche Publikationen in den Themenbereichen Politische Ideengeschichte, Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen veröffentlicht.



weder effizient und rational ist noch hinsichtlich der Befriedigung der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse optimal funktioniert. Wird von einer Ware zuviel produziert, kann sie nur unter ihrem Wert abgesetzt oder – zur Aufrechterhaltung des Marktpreises – vernichtet werden. Während Kapitalismusgegner die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise kritisieren, heben liberale Ökonomen die hohe Effizienz der marktgesteuerten Produktion hervor: Es werde nichts produziert, wofür es keine Nachfrage gebe. In Wahrheit ist allerdings sehr oft das genaue Gegenteil der Fall: Ob es eine tatsächliche Nachfrage für eine bestimmte Ware gibt, lässt sich erst im Nachhinein feststellen. Lässt sich ein Gut nicht verkaufen, realisiert sich sein Wert auch nicht. Die liberale These der Effizienz kapitalistischer Marktwirtschaften wird insbesondere auch am Beispiel der Nahrungsmittelproduktion brüchig: Während die Lebensmittelindustrie an häufiger Überproduktion leidet und unvorstellbare Mengen vernichtet werden, um den Marktpreis zu stützen, verhungern tagtäglich Millionen Menschen oder sterben an den Folgen einer Mangelernährung.

Hier wird nicht nur die Irrationalität der kapitalistischen Produktionsweise offenbar, sondern auch die zynische Definition menschlicher Bedürfnisse als Nachfrage im Sinne von monetärer Kaufkraft, die sowohl ein ökonomisches als auch moralisches Versagen darstellt. Auch in ökologischer Hinsicht weist der Kapitalismus eine unglaubliche Ressourcenverschwendung und -vernichtung auf.¹ Die Konkurrenz der Kapitalien in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovationen verschlingt grosse gesellschaftliche Ressourcen an Arbeit, Zeit und Geld, die in einer kooperativen Gesellschaft sinnvoll eingesetzt werden könnten (vgl. Götsch 2009).

Ein weiteres Argument für die Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaftsweise stellen aus liberaler Sicht die vielen positiven Wirkungen der Konkurrenz dar. Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen führe zu ständigen Produkt- und Produktionsverbesserungen, Innovationen sowie zu billigeren Preisen, wovon alle – in der Rolle von Konsumenten – profitierten. Dadurch profitiere die gesamte Gesellschaft, die Konsumenten genossen theoretisch die grösstmögliche Wahlfreiheit, indem sie je nach ihren persönlichen Bedürfnissen kaufen oder nicht kaufen und durch diese ›demokratische Mitbestimmung‹ Einfluss auf die privaten Unternehmen ausüben könnten. Die liberale Rational-Choice-Theorie geht davon aus, dass die Summe rationaler Einzelentscheidungen (wieviel bin ich bereit, für ein gewünschtes Gut zu bezahlen?) zu einem optimalen Gesamtergebnis führen werde. Die kollektiven Interessen jeder Gesellschaft werden in dieser Logik jedoch nicht mitberück-



sichtigt, sondern vielmehr systematisch verletzt. »Wer Kosten externalisiert, also auf andere Marktteilnehmer, die Gesellschaft oder die Natur abwälzt, erwirtschaftet höhere Profite und kann Konkurrenten verdrängen. Damit wird aber letztlich auch die Reproduktion des Gesamtsystems unterlaufen« (Zelik 2009, 209). Die betriebswirtschaftliche Logik des heute dominierenden Rational-Choice-Ansatzes verspricht grösstmögliche individuelle Freiheit und Chancengleichheit, während gleichzeitig die grundlegenden Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder – eine intakte Umwelt, ein gutes Gesundheits- und Bildungssystem etc. – ausgeschlossen und so weit wie möglich privatisiert und über den Marktmechanismus bedient werden sollen.

Das sind Gründe genug, um sich mit Alternativen zur kapitalistischen Produktions- und Produktionsverteilungsweise auseinanderzusetzen. Da die Kapitalismuskritik so alt wie der Kapitalismus selbst ist, steht dafür ein grosses Reservoir an präsentierten Ideen und Umsetzungsversuchen zur Verfügung (vgl. Götsch 2010). Im Folgenden werde ich einige Ansätze diskutieren, die sich mit der möglichen Kombination von Markt- und Planelementen beschäftigen; im Anschluss daran gehe ich auf historische Erfahrungen mit »sozialistischen Marktwirtschaften« sowie der Kritik an ihnen ein.

Theorien des Marktsozialismus

Der Begriff des Marktsozialismus lässt sich auf eine lange Reihe teilweise sehr unterschiedlicher Theorien anwenden, deren Grundidee Michael Krätke folgendermassen zusammenfasst: »Man könne analytisch zwischen Markt und Kapitalismus unterscheiden und man könne darüber hinaus beides auch praktisch und institutionell scheiden, mithin den Markt – zumindest doch einige Märkte – behalten und sich vom Kapitalismus verabschieden« (Krätke, 11).

Die Fehde zwischen Marktsozialisten und ihren Gegnern lässt sich auf die zu Beginn des 19. Jahrhunderts geführte Auseinandersetzung zwischen Pierre-Joseph Proudhon (vgl. Proudhon 1846) und Karl Marx (1847) zurückführen². Proudhon analysierte den Kapitalismus als eine von Privilegien und Monopolen verzerrte Tauschökonomie, deren Grundprinzip – völlige Gleichheit der Produzenten bei völliger Konkurrenz – nicht eingehalten werde. Auf der Grundlage von David Ricardos Arbeitswerttheorie entwarf er ein Konzept der gerechten *Äquivalenzökonomie*, in der der Preis jeder Ware ihrem tatsächlichen Wert (der Arbeitszeit) entsprechen solle. In einer Gesellschaft, in der der Markt von Monopolen und Privilegien befreit sei, erhalte jeder das ihm Zustehende, und Ausbeutung wäre somit ausgeschlossen. Die mutualistische³



Ökonomie Proudhons basiert auf der individuellen Produktion kleiner Unternehmer für den Markt, wo sie mit anderen konkurrieren, denn: »Die Konkurrenz ist die Lebenskraft, die das Gruppenwesen beseelt; sie zerstören hiesse die Gesellschaft töten« (Proudon 1846, 182).

Karl Marx denunzierte dieses Konzept als »Sozialismus der Kleinbürger« und widmete dem Thema 1847 die Schrift *Das Elend der Philosophie*. Die Beibehaltung des Konkurrenzprinzips und die individuelle Warenproduktion könnten seiner Ansicht nach die »negativen Effekte« des Kapitalismus nicht aufheben. Jeder Produzent muss nach wie vor um sein Überleben kämpfen und zu diesem Zweck seine Konkurrenten ausschalten. Die Konkurrenz führt zum Akkumulationszwang, der jedes Unternehmen zur Kostenreduktion nötigt, was bekanntlich durch eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft geschieht. Marx beschreibt diesen Effekt folgendermassen: »Die Konkurrenz zwingt den Produzenten, das Produkt von zwei Stunden ebenso billig zu verkaufen wie das Produkt einer Stunde. Die Konkurrenz führt das Gesetz durch, nach welchem der Wert eines Produktes durch die zu seiner Herstellung notwendige Arbeitszeit bestimmt wird. Die Tatsache, dass die Arbeitszeit als Mass des Tauschwertes dient, wird auf diese Weise zum Gesetz einer beständigen Entwertung der Arbeit« (MEW 4, 94-95).

Etwa 80 Jahre später, nach dem Ende des 1. Weltkrieges, lebte die Debatte über die Rolle von Märkten erneut auf, »zu einer Zeit (...), als nicht wenige akademische Ökonomen vom unaufhaltsamen Siegeszug des Sozialismus überzeugt waren« (Krätke, 4). Während sich in Russland nach der Oktoberrevolution von 1917 ganz konkret die Frage stellte, wie eine protokapitalistische Ökonomie unter widrigsten Umständen zum Sozialismus transformiert werden könne, gab es im Westen eine stark akademisch orientierte theoretische Auseinandersetzung, die Ludwig von Mises mit seiner 1920 veröffentlichten Schrift *Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen* initiiert hat. Mises vertritt darin die Position, dass eine sozialistische Wirtschaft, die nicht auf Privateigentum und Konkurrenz beruhe, keine rationale Produktion haben könne. Sozialismus bedeutet für ihn »Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft«, denn: »Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung« (Mises 1920, zit. nach McNally 1993, 173). Ferner sei eine sozialistische Ökonomie unfähig zu Produktverbesserungen und Innovationen.

Durch diese Angriffe herausgefordert, arbeiteten in den folgenden Jahren zahlreiche marxistische Ökonomen an einer theoretischen Lösung des Problems der Kalkulation in einer geplanten Wirtschaft. Oskar Lange und Abba Lerner, die beiden zentralen Diskussionsgegner von



Mises, stellten in den 1930er-Jahren ihr Modell eines Konkurrenzsozialismus vor, in dem ein Sozialismus verwirklicht werden könne, der dank einer Kombination von Marktmechanismen und zentralen Planvorgaben dem Kapitalismus an ökonomischer Rationalität weit überlegen sei. »In den dreissiger Jahren, als von irgendeiner Sozialisierung schon lange keine Rede mehr sein konnte, wurde diese inzwischen rein akademische Debatte vorläufig beigelegt – sie endete mit einem Sieg derjenigen, die die Möglichkeit einer rationalen, sozialistischen Wirtschaft behaupteten«, schreibt Krätke (Krätke, 7).

In den folgenden 20 Jahren verzeichneten die kommunistischen Sowjetstaaten zum Teil enorme Wachstumszahlen, was die Wirtschaftlichkeit des Sozialismus zu bestätigen schien. Doch in den 1960er- und 1970er-Jahren kam es in zahlreichen Ländern Osteuropas zu einer ökonomischen Stagnation, die zu einem Neuanfang der Marktsozialismus-Debatte führte.

›Sozialistische Marktwirtschaften‹ in der Praxis

In Polen, Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei gab es seit den 1960ern Diskussionen über marktwirtschaftliche Elemente und Versuche, mit denen die stagnierenden Kommandowirtschaften wieder in Schwung gebracht werden sollten. »Negative Zuwachsraten des Sozialprodukts bildeten den Anlass verstärkter Reformtätigkeiten, die durch das politische Tauwetter begünstigt wurden. Die Reformer hoben die Eignung der zentral-administrativen Planungssysteme für die Aufbau-phase industriell wenig entwickelter Volkswirtschaften hervor, in denen Arbeitskräfte und Naturreserven reichlich verfügbar und die Bedürfnisstruktur anspruchslos wären. Sobald die Phase des extensiven Wachstums abgeschlossen und die Auslastung des volkswirtschaftlichen Apparates erreicht sei, erfordere ein weiteres Wachstum rationelle Produktionsverfahren, intensive Fortschritte und flexible betriebliche Anpassungen an die sich differenzierende Bedürfnisstruktur. Diesen Bedingungen könne das zentrale Planungssystem jedoch nicht genügen. Die Lösung sah man daher in der Dezentralisierung der Planungsbefugnisse und der Nutzung von Marktbeziehungen« (Leipold 1975, 16).

Besonders interessant bei der Beschäftigung mit dem Marktsozialismus ist das Beispiel Jugoslawien, das sich nach der Loslösung von Moskau einem Modell der betrieblichen Selbstverwaltung und marktwirtschaftlichen Konkurrenz verschrieb. Im Rahmen eines makro-ökonomischen Gesamtplanes konnten die einzelnen Betriebe ihre eigenen Unternehmenspläne erstellen. Die Direktoren der Betriebe wurden am Gewinn beteiligt und waren somit unmittelbar an der Profitabilität des



Unternehmens interessiert. Die Beschäftigten erhielten ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen, das durch ein leistungsbezogenes Gehalt (je nach Ausbildung, Schwere der Tätigkeit, Dauer der Betriebszugehörigkeit usw.) ergänzt wurde, womit sie ebenfalls an der betriebswirtschaftlichen Performance ihres Unternehmens orientiert beziehungsweise von diesem abhängig waren. Das führte direkt zur Beschränkung der Personalbestände, da die Gewinne des Unternehmens nicht auf eine steigende Zahl von Beschäftigten aufgeteilt werden sollten. Dementsprechend war die Arbeitslosigkeit in Jugoslawien sehr hoch, während andere sozialistische Länder sich einer annähernden Vollbeschäftigung rühmen konnten.

Die Konkurrenzsituation der einzelnen Unternehmen und das ökonomische Interesse der Direktoren sowie der Beschäftigten hatten Effekte, die aus kapitalistischen Ländern bekannt sind. So führte das betriebliche Gewinnstreben zu einer Reduktion der verfassungsmässig vorgesehenen Mitbestimmung beziehungsweise Kontrollfunktion der Arbeitenden, und die Entscheidungssouveränität wurde zunehmend auf die Managementebene verschoben. Die Folge des marktsozialistischen Modells Jugoslawiens war nicht nur eine unsolidarische Wettbewerbssituation zwischen den unkündbaren Beschäftigten und der grossen Schar von Erwerbslosen, sondern auch eine starke Konkurrenz zwischen den Regionen, die die ungleiche Entwicklung radikal verschärfte. So war etwa das durchschnittliche Einkommen in Slowenien in den 1960er-Jahren etwa sechsmal höher als im Kosovo. Welche Folgen die enormen Differenzen und ungleichen Entwicklungsfortschritte der Regionen in Jugoslawien mit sich brachten, wurde durch die blutigen Konflikte in den 1990er-Jahren weltweit offensichtlich.

Das marktsozialistische Modell Jugoslawiens zeigt, wie das Konkurrenzprinzip – zwischen Unternehmen, Regionen sowie Arbeitslosen und Beschäftigten – zu einer Spaltung der Gesellschaft führte, während es doch der grundlegende Anspruch der sozialistischen Idee ist, die Arbeiterklasse zu vereinen, um so Unterdrückung, Ausbeutung und Herrschaft abzuschaffen und eine ökonomische, politische und intellektuelle Emanzipation aller Gesellschaftsmitglieder zu ermöglichen. Ähnliche Schlussfolgerungen lassen sich auch aus den Erfahrungen der Sowjetunion ziehen.

Kritik an Theorie und Praxis des Marktsozialismus

Die Planwirtschaften der UdSSR scheiterten an der Bürokratisierung und der daraus folgenden Deformierung des Staates, der Partei und der Wirtschaft. Privilegien, schichtspezifische Interessen, fehlende Selbst-



kritik und die nicht vorhandene Kontrolle durch die Arbeiterklasse führten zu einer Logik, die dem Gesamtinteresse der Gesellschaft und der Wirtschaft zuwiderlief (vgl. Mandel 1972, Zelik 2009 u.a.). Aus marxistischer Sicht zeigt die Analyse der realsozialistischen Länder mit unmittelbarer Deutlichkeit, dass eine sozialistische Wirtschaft ohne eine demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten nicht funktionieren kann.

Abschliessend muss noch auf einen Punkt hingewiesen werden, den auch viele Linke in ihrer Ablehnung des Marktes nicht übergehen dürfen: Den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus darf man sich nicht als eine schnelle, trennscharfe und punktuelle Transformation vorstellen. Er wird langsam vor sich gehen, wenige Schritte nach vorn und immer wieder Schritte zurück machen. Die Demokratisierung einer Gesellschaft muss sich auf verschiedenen Ebenen, von den politischen Institutionen und Wahlen über die Eigentumsverhältnisse und Kontrollmechanismen bis zur Mitbestimmung auf lokaler Ebene vollziehen; sie umfasst folglich einen langen Zeitraum. In der Phase des Übergangs werden zahlreiche Elemente der alten Ordnung weiterbestehen, während andere sofort verändert werden können. Der Tausch von Gütern über den Markt- und Preismechanismus ist eines jener Elemente, die auch in der sozialistischen Übergangsperiode noch notwendig sein werden, bis sie Stück für Stück beseitigt und ersetzt werden können. »Dieser Übergangszeitraum wird in wirtschaftlicher Hinsicht durch unterschiedliche Kombinationen von sozialistischer Planung und Marktmechanismus gekennzeichnet sein. Jedoch darf man Markt und Plan nicht als gesellschaftlich neutrale Techniken begreifen: sie repräsentieren zwei unterschiedliche Produktionsverhältnisse (...), die im gegenseitigen Konflikt innerhalb einer sozialistischen politischen Ordnung nebeneinander bestehen. (...) Deshalb ist das Verhältnis von Plan und Markt (in der Übergangsphase, Anm. KG) dergestalt, dass der erstere sich zunehmend gegenüber dem letzteren durchsetzt«, schreibt Alex Callinicos dazu (Callinicos 1997).

Zentral für die Ablösung des Kapitalismus durch eine sozialistische beziehungsweise kommunistische Ordnung ist die fortschreitende Überführung von privaten Produktionsmitteln in Gemeineigentum und insbesondere die demokratische Kontrolle über diese Produktionsmittel durch die Beschäftigten. Im Zentrum steht dabei die Emanzipation der Arbeiter und Arbeiterinnen, folglich aller Mitglieder der Gesellschaft, wobei Emanzipation auch bedeutet, sich nicht den anonymen Entscheidungen, Zwängen und Mechanismen der ›Märkte‹ zu unterwerfen, sondern sich die demokratische Kontrolle über diese ›Orte‹ und die dort getroffenen Entscheidungen wieder anzueignen. Während Markt und



Plan, Konkurrenz und Kooperation, eine Weile gleichzeitig in einer Übergangsgesellschaft präsent sein können, so kommt doch unweigerlich der Punkt, an dem die Widersprüchlichkeit dieser beiden Prinzipien auf eine Lösung drängt.

Anmerkungen

- 1 Zelik (2009) weist zu Recht darauf hin, dass auch die kommunistischen Regime katastrophale Umweltbilanzen aufwiesen (und sogar ressourcenvernichtender waren als ihre kapitalistischen Gegenüber), doch ändert dies nichts an der hier angeführten Tatsache.
- 2 Zu dieser Auseinandersetzung vgl. Rakowitz 2003
- 3 Mutualismus bezeichnet eine sozialreformerische Idee zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe beruht.

Literatur

- Callinicos, Alex (1997): Die sozialistische Gesellschaft: Markt und Plan im Sozialismus. www.sozialismus-von-unten.de/archiv/1997svu9/sozialismus_callinicos.htm, zuletzt abgerufen am 15.5.2011.
- Götsch, Katharina (2009): Marktsozialismus – Die Linke auf der Suche nach einer neuen Theorie. In: Prokla 155, Juni 2009, 229–248.
- Götsch, Katharina (2010): Ansätze und Theorien der Kapitalismuskritik. Dissertation an der Universität Wien.
- Krätkle, Michael R.: Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus. www.praxisphilosophie.de/kraetkewd.pdf, zuletzt abgerufen am 15.5.2011.
- Lange, Oskar (1936/37, 1948). On the Economic Theory of Socialism. In: Lippincott, Benjamin E. (Hg) (1948): On the Economic Theory of Socialism. The University of Minnesota Press, Minneapolis.
- Leipold, Helmut (Hg.) (1975): Sozialistische Marktwirtschaften – Konzeptionen und Lenkungsprobleme. Verlag C.H. Beck, München.
- Lerner, Abba (1934): Economic Theory and Socialist Economy. In: Review of Economic Studies, Band 2, 51–61.
- Lyon, Rob (2006): Workers' Control and Nationalization. www.marxist.com/workers-control-nationalization-part1.htm, zuletzt abgerufen am 10.2.2009.
- Mandel, Ernest (1972): Marxistische Wirtschaftstheorie, Band 2. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M.
- Marx, Karl (1847/1885): Das Elend der Philosophie – Antwort auf Proudhons ›Philosophie des Elends‹. In: MEW, 1959, Band 4. Dietz-Verlag, Berlin, 63–182.
- McNally, David (1993). Against the Market – Political Economy, Market Socialism and the Marxist Critique. Verso, London/New York.
- Mises, Ludwig von (1920): Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47. Jg., 86–121. http://docs.mises.de/Mises/Mises_Wirtschaftsrechnung.pdf, zuletzt abgerufen am 29.4.2009.
- Proudhon, Pierre-Joseph (1846/2003): System der ökonomischen Widersprüche oder: Philosophie des Elends. Herausgegeben von Lutz Roemheld und Gerhard Senft. Karin-Kramer-Verlag, Berlin.
- Rakowitz, Nadja (2003): Einfache Warenproduktion – Ideal und Ideologie. ça-ira-Verlag, Freiburg i. Br.
- Zelik, Raul (2009): Nach dem Kapitalismus: Warum der Staatssozialismus ökonomisch ineffizient war und was das für Alternativen heute bedeutet. In: Prokla, Nr. 155, 2009, 207–228.